Wanderer und Sucher

Dies ist der letzte von vier Berichten über Deutschland in der Krise. Teil 1 ist [hier](#), Teil 2 [hier](#) und Teil 3 ist [hier](#).

6. Mai 2025 | Patrick Lawrence

DRESDEN | Wenn Friedrich Merz am 6. Mai offiziell zum [nächsten deutschen Bundeskanzler](#) ernannt wird, ist das ein bedeutendes Ereignis und ein Nicht-Ereignis zugleich. Der kriegslüsterne Merz wird die Bundesrepublik auf einen Weg führen, den wir alle – und wohl auch die Mehrheit der deutschen Wähler – ablehnen müssen.

Unmittelbar nach den vielbeachteten Wahlen im Februar hat Merz die Weichen für die Zukunft der Nation bereits gestellt. Das Datum, an das wir denken müssen, ist nicht der 6. Mai. Es ist der 18. März, als eine Abstimmung im Bundestag bestätigte, was zu diesem Zeitpunkt bereits bittere Gewissheit war: Deutschlands Nachkriegsdemokratie scheitert; eine abgeschottete Elite in Berlin will nun den Kurs der Nation bestimmen, ohne Rücksicht auf die Präferenzen der Wähler.

Der 18. März, ein Dienstag, war der Tag, an dem das deutsche Parlament die verfassungsmäßige Begrenzung der Staatsverschuldung aufhob. Dies bedeutete mehr, weit mehr als nur eine Anpassung des bekanntlich strengen deutschen Haushaltsregimes. Es war der Tag, an dem der Gesetzgeber, wenn auch nicht auf dem Papier, neue Verteidigungsausgaben in Höhe von 1 Billion Euro (1,3 Billionen Dollar) genehmigte. Dies war der Tag, an dem die Bundesrepublik für die Remilitarisierung stimmte. Es war der Tag, an dem diejenigen, die vorgaben, Deutschland zu führen, eine politische Tradition, die es zu verteidigen galt, entschieden ablehnten und sich entschlossen, zu einer anderen Tradition zurückzukehren – einer Tradition, die die Nation bedauerlicherweise nie ganz hinter sich lassen zu können scheint.

Die Einzelheiten der Abstimmung von 512 zu 206 sind klar und deutlich. Das Gesetz über die Kreditaufnahme des Bundes, das seit der Finanzkrise 2008 in Kraft ist, ist sehr streng: Es begrenzt die Verschuldung auf 0,35 Prozent des BIP – etwa ein Zehntel dessen, was die EU ihren Mitgliedern erlaubt. Doch innerhalb dieser Grenze ist Berlin seit Jahren unruhig. Es war ein interner Streit über die so genannte Schuldenbremse, der im letzten Herbst zum Scheitern der nicht allzu stabilen Koalition unter Olaf Scholz geführt hat. Mit der Bundestagsabstimmung wird die Bremse für die öffentliche Kreditaufnahme, die für Militärausgaben über 1 Prozent des BIP vorgesehen ist, aufgehoben. Wie allgemein bekannt ist, bedeutet diese Formel, dass die Ausgaben die gemeinhin genannte Summe von 1 Billion Euro übersteigen könnten.

Während die Deutschen seit der Hyperinflation der Weimarer Zeit vor einem Jahrhundert fast schon neurotisch sind, was die Staatsverschuldung angeht, hat der Bundestag Deutschland über diese Paranoia hinaus zugunsten einer anderen gewählt. Die neoliberalen „Zentristen“ des Landes – die sich selbst nicht mehr als das Zentrum von irgendetwas bezeichnen – haben den Deutschen, den Europäern und dem Rest der Welt soeben mitgeteilt, dass Deutschland den sozialdemokratischen

Standard, den die Nation lange hochgehalten hat, im Dienste einer Kriegswirtschaft mit ihrem eigenen militärisch-industriellen Komplex fallen lassen wird.

Es ist gut, dies als eine politische Katastrophe zu verstehen, deren Bedeutung weit über die Bundesrepublik hinausreicht. Es scheint in der Tat das Ende einer Ära im gesamten Westen zu markieren. Und es ist ein Schlag für jeden, der die Hoffnung hegt, dass wir eine geordnete Welt jenseits der regelbasierten Unordnung erreichen könnten, die die Menschheit jetzt plagt.

Die Urheber dieses Wandels sind jene Parteien, die in den Wochen nach der Bundestagsabstimmung eine neue Koalition ausgehandelt haben: Merzens CDU und die CSU, der traditionelle Partner der CDU, werden ein merkwürdiges, aber gar nicht so ungewöhnliches Bündnis mit den Sozialdemokraten, der SPD, eingehen. Die Grünen haben ebenfalls für eine Ausweitung der Militärausgaben gestimmt, aber die Grünen wurden ebenso wie die SPD bei den Wahlen am 23. Februar gründlich diskreditiert und werden der neuen Regierung nicht angehören. Ich habe keinen einzigen Deutschen getroffen, der sie vermissen wird.

Alle diese Parteien reden unaufhörlich über den Autoritarismus ihrer Gegner – und das, während sie sich zusammentun, um den 83 Millionen Menschen in Deutschland eine Ära des autoritären Zentrismus zu bescheren. Sie sind mehr oder weniger feindselig gegenüber den vorherrschenden Sorgen der Wähler – den Fragen, die bei den Wahlen die Prozentsätze zugunsten der Opposition bewegt haben. Dazu gehören das katastrophale Wirtschaftsmanagement der Regierung Scholz, eine zu liberale Einwanderungspolitik (die die neuen Bundesländer am härtesten getroffen hat), die unangemessene Ehrerbietung Berlins gegenüber Brüsseler Technokraten, Deutschlands Beteiligung an Amerikas Stellvertreterkrieg in der Ukraine und nicht zuletzt der schwere Bruch in den Beziehungen Deutschlands zur Russischen Föderation.

Die Russophobie ist in den Berliner Regierungseliten – wenn nicht sogar in der Business Class und anderswo – schon seit Jahren zu beobachten. Auch das geht jetzt in die völlig falsche Richtung. Es gibt nur ein Argument, das zu offensichtlich ist, um es zu nennen, für die Wiederbewaffnung einer Nation, die ihr militärisches Profil in den letzten acht Jahrzehnten berühmt-berüchtigt eingeschränkt hat. Merz hat die Abstimmung vom 18. März mit ungehemmter Rohheit durchgepeitscht – offenbar, um eine sachliche Debatte zu verhindern. Er wird nun eine Regierung von zwanghaft antirussischen Ideologen anführen, die Deutschland in beunruhigender Weise in die Richtung der Aggressionen der beiden Weltkriege und der spaltenden Falkenpolitik der Jahrzehnte des Kalten Krieges kippen wird.

Dies steht nun auf dem Papier. Nach wochenlangen Verhandlungen haben die konservative CDU und die nominelle, aber nicht mehr sozialdemokratische Partei SPD am 9. April ihren Koalitionsvertrag bekannt gegeben. Hier ist ein Auszug aus dem Abschnitt „Außen- und Verteidigungspolitik“:

Unsere Sicherheit ist heute stärker bedroht als jemals zuvor seit dem Ende des Kalten Krieges. Die größte und unmittelbarste Bedrohung geht von Russland aus, das nun schon im vierten Jahr einen brutalen, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt und weiter massiv aufrüstet. Wladimir Putins Machtstreben richtet sich gegen die regelbasierte internationale Ordnung ...

Wir werden alle Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Bundeswehr die Aufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung voll erfüllen kann. Unser Ziel ist es, dass die Bundes-

wehr einen wichtigen Beitrag zur Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit der NATO leistet und zum Vorbild für unsere Verbündeten wird ...

Wir werden die Ukraine umfassend unterstützen, damit sie sich wirksam gegen den russischen Aggressor verteidigen und sich in Verhandlungen behaupten kann ...

Diese Passage enthält einen Code, der leicht zu lesen ist. Die neue Koalition bereitet die deutsche Öffentlichkeit und den Rest der Welt darauf vor, dass zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg deutsche Truppen im Ausland eingesetzt werden. Wie im ersten Beitrag dieser Serie erwähnt, begann die Bundeswehr am 1. April mit der Verlegung einer Panzerbrigade nach Litauen, eine Woche bevor die Koalition die Bedingungen ihrer Vereinbarung bekannt gab. Dies ist der erste Teil der neuen deutschen Militärstrategie: Es wird wahrscheinlich noch viel mehr davon kommen.

Es gibt auch die Vorstellung, dass Deutschland ein Vorbild für den Rest Europas ist. Dies kommt meiner Meinung nach direkt von der Merz-Seite der Koalition, da er den Ehrgeiz hat, nicht nur die Fahne Deutschlands, sondern auch die des Kontinents zu tragen. Es gibt in der Tat ein Machtvakuum in Europa, das noch deutlicher geworden ist, seit die Trump-Administration signalisiert hat, dass sie kein Interesse mehr an dem Sicherheitsschirm hat, unter dem die USA den Europäern lange Zeit Schutz gewährt haben. Damit haben Merz und seine neuen politischen Partner Recht.

Doch wie hoffnungslos phantasielos erweisen sich die neoliberalen Eliten Deutschlands, wenn sie der Bundesrepublik und denen, die ihr folgen sollen, einen neuen Zweck vorschlagen. Was ist das anderes als alter Wein in alten Schläuchen?

Nach meiner Lesart haben diejenigen, die vorgeben, Deutschland zu führen, den öffentlichen Raum so gründlich und so lange mit den paranoiden Narrativen des Kalten Krieges durchsetzt, dass sie die Richtung nicht mehr ändern können, ohne sich selbst zu diskreditieren. Sie haben, wie man so schön sagt, keinen Rückwärtsgang. Oder, um die Beobachtung eines Freundes aufzugreifen, die ich im letzten Beitrag dieser Serie zitiert habe: Die etablierte deutsche Führung spricht schon so lange die Sprache des Siegers, dass sie keine andere mehr kennt – und das selbst dann, wenn der Sieger müde wird, sie zu sprechen.

Die deutschen Wählerinnen und Wähler sind es ebenso leid, sie zu hören, wenn man die Wahlen und die verschiedenen Umfragen, die seither durchgeführt wurden, als Richtschnur nehmen kann. Doch Merz und seine Leute zeigen wenig Interesse an den Präferenzen der Wählerschaft.

Deutschland und das übrige Europa sollen sich darauf einstellen, innerhalb von fünf Jahren einen Krieg gegen Russland zu führen. Das hört man jetzt regelmäßig. Johann Wadephul, ein erzkonservativer Bundestagsabgeordneter, der voraussichtlich Merzens Außenminister werden wird, hat eine treffende Erklärung für den Widerstand der deutschen Öffentlichkeit gegen eine solche Aussicht. Sie „verdrängen“ die Realität der russischen Bedrohung, sagte er auf einer Konferenz einer Denkfabrik, wenige Tage bevor die neue Koalition im letzten Monat ihre Vereinbarung veröffentlichte. Sie sind „in der Verleugnung“.

Wadephul sprach, nachdem abtrünnige Mitglieder der CDU und der Sozialdemokraten es wagten, öffentlich vorzuschlagen, die Bundesrepublik solle doch die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Russland in Erwägung ziehen und damit die im Zuge der US-Sanktionen gegen die Russi-

sche Föderation gekündigten Energieverträge wiederbeleben. „Die größte Bedrohung für uns – für unser Leben, für das Rechtssystem, aber auch für das Leben aller Menschen in Europa – ist jetzt Russland“, sagte Wadepful seinem offenbar wohlwollenden Publikum. „Sie wollen es nicht akzeptieren.“

Als politisches Argument ist dies das dürtigste, das ich seit Jahren gehört habe.

Die Russen haben diese unruhigen politischen Gewässer seit der jüngsten Bundestagswahl aufmerksam verfolgt, um das Offensichtliche klar zum Ausdruck zu bringen. Und niemand hat Moskaus Not deutlicher zum Ausdruck gebracht als Maria Sacharowa, die wortgewandte und stets scharfsinnige Sprecherin des Außenministeriums. Ich zitiere ausführlich ihre Erklärung, die sie zwei Tage nach der Bundestagswahl abgab, um das historische Gewicht zu zitieren, das sie diesem bedeutsamen Wandel im geopolitischen Denken Berlins beimisst:

Der 18. März 2025 ist ein bedeutendes Datum. ... Kurz gesagt: Diese Entscheidung markiert den Übergang des Landes zu einer beschleunigten Militarisierung.

Löst dies nicht ein Déjà-vu-Gefühl aus? ... Die Hast und die Prinzipienlosigkeit, mit der diese Entscheidung getroffen wurde, sind ein anschaulicher Beweis für den rücksichtslosen anti-russischen Kurs der herrschenden Kreise in der Bundesrepublik Deutschland.

Es gibt noch einen weiteren Grund. Der Mangel an Ressourcen – der Ressourcenbasis, die bis zum Ende der Nutzung russischer Energieressourcen durch Berlin auf Geheiß der USA bestand – nimmt den Deutschen die Möglichkeit, sich in dem von ihnen erwarteten Tempo zu entwickeln, auf dem ihre Wirtschaft aufgebaut war. Der interne wirtschaftliche Zusammenbruch lässt ihnen keine andere Wahl, als zu einem historisch erprobten Ansatz zurückzukehren. ... Sie scheinen jedoch die Folgen vergessen zu haben: den völligen Zusammenbruch der Nation. Dies ist wiederholt geschehen. Doch offensichtlich fordert ihre Umschreibung der Geschichte ihren Tribut. Sie haben es vergessen.

Wie könnte man die bekannte These vom tief verwurzelten Wunsch nach historischem Revanchismus in der Genetik der deutschen politischen Eliten übersehen? Leider setzen sich solche Tendenzen jedes Jahrhundert über den gesunden Menschenverstand und sogar den Selbsterhaltungstrieb hinweg. Ist das nicht so?

Ich muss gleich sagen, dass Sacharowa leichtfertig falsch liegt, wenn sie diese neue Entwicklung auf Deutschlands genetische Veranlagung zurückführt. Sie führt ein sogenanntes [Nationalcharakter-Argument](#) an: Die Deutschen tun das, weil sie Deutsche sind und Deutsche eben so handeln. Diese heimtückische Argumentation ist unter keinen Umständen vertretbar. Es überrascht mich, dass Sacharowa es nicht besser weiß.

Doch sie hat völlig recht mit ihrer Analyse der Strategie, die Merz und seine Partner in einer anderen unpopulären Koalition zur Verteidigung ihrer Macht verfolgen. Wie viele deutsche Ökonomen bestätigen werden, sind Russophobie und das damit einhergehende Sanktionsregime unvereinbar mit einer wirtschaftlichen Erholung. Ein neuer militärisch-industrieller Komplex – der [Abbau des Sozialapparats](#) und die Anhäufung von Staatsschulden als dessen Nebenfolgen – ist in dieser Hin-

sicht ein zynischer Versuch, das BIP-Wachstum anzukurbeln, ohne auf seine traditionellen Quellen zurückzugreifen.

Kurioserweise knüpft Sacharowa auch an eine ehrenwerte Tradition der deutschen Nachkriegsgeschichtsschreibung an, deren führender Vertreter der linke Gelehrte Hans-Ulrich Wehler (1931–2014) war. Wehler vertrat die Ansicht, Deutschland neige als Reaktion auf verschiedene innere Unruhen – Klassenkämpfe, die Unterbrechungen der Industrialisierung vor dem Ersten Weltkrieg und das Chaos der Weimarer Jahre – immer wieder zu Aggressionen im Ausland. Angesichts der zunehmenden Feindseligkeit gegenüber den etablierten Neoliberalen Berlins scheint das Land nun erneut dem von Wehler beschriebenen Muster zu folgen.

Er identifizierte ein Phänomen, das er „Sozialimperialismus“ nannte – einen nach innen gerichteten Imperialismus, den die herrschenden Eliten nutzen, um politische, soziale und wirtschaftliche Gegensätze zu kontrollieren. In diesem Zusammenhang erinnern mich deutsche Freunde an Kaiser Wilhelms berühmtesten Ausspruch aus dem Jahr 1914, mit dem er die Feindseligkeiten zwischen Sozialdemokraten und Reichsloyalisten beilegte: „Ich kenne keine Parteien mehr. Ich kenne nur noch Deutsche.“

Von „nur Deutschen“ kann heute keine Rede mehr sein. Die Wahlergebnisse haben dies statistisch deutlich gemacht. Die Parteien, die die eindrucksvollsten Zugewinne erzielten, waren jene, die sich den sogenannten Zentristen entgegenstellten: Die AfD verdoppelte ihren Stimmenanteil auf 21 Prozent und wurde damit sofort zur zweitgrößten Partei im Bundestag. Auch die Linke und Sahra Wagenknechts (BSW) konnten zulegen, wenn auch zahlenmäßig geringer. In den neuen Bundesländern waren diese Zugewinne noch deutlicher.

Hier ist Karl-Jürgen Müller, ausgebildeter Historiker und aufmerksamer Beobachter der Umfragen, in „Current Concerns“, einer zweimal monatlich erscheinenden Zeitschrift, die gleichzeitig auf Deutsch unter dem Titel „Zeit-Fragen“ und auf Französisch unter dem Titel „Horizons et débats“ erscheint:

Hier ist Karl-Jürgen Müller, ein ausgebildeter Historiker und aufmerksamer Beobachter der Meinungsumfragen, in [Current Concerns](#), einer zweimal monatlich erscheinenden Zeitschrift, die gleichzeitig auf Deutsch unter dem Titel „Zeit-Fragen“ und auf Französisch unter dem Titel „Horizons et débats“ erscheint:

Die Wahlbeteiligung war mit 82,5 Prozent so hoch wie seit fast 40 Jahren nicht mehr. Es gingen mehr „unzufriedene“ Bürger zur Wahl. Anders ausgedrückt: Immer mehr Bürger wollen nicht nur eine andere Politik, sie bringen dies auch zum Ausdruck – diesmal mit ihrer Stimme. Oder: Viele junge Wähler im Alter von 18 bis 24 Jahren wählten die AfD oder die LINKE: 25 Prozent für die LINKE und 22 Prozent für die AfD. Zusammen sind das fast die Hälfte aller jungen Wähler.

Diese drei [Oppositions-]Parteien, die von der Mehrheit der westdeutschen Machteliten und Medien oft marginalisiert wurden, erreichten in Ostdeutschland zusammen die absolute Mehrheit der Stimmen: 54,7 Prozent.

Die mittlerweile chronische Unbeständigkeit der deutschen Politik spiegelt sich darin wider, dass die Nation seit den Wahlen im Februar praktisch weiter gewählt hat. Merz und seine Christdemo-

kraten haben bereits vor seiner Ernennung zum Kanzler kontinuierlich an Unterstützung verloren. Und eine Reihe von Anfang April durchgeführten [Umfragen](#) zeigt, dass die AfD nun Deutschlands politische Partei Nr. 1 ist. Dies markiert eine historische Machtverschiebung weg von den traditionellen Parteien des Landes. Viele Analysten sagen, dass dies die weit verbreitete Missbilligung der Wähler widerspiegelt, die miterlebt haben, wie die CDU erneut eine erfolglose Koalition mit den Sozialdemokraten aushandelte.

In unterschiedlichem Maße sind die Deutschen wegen des Aufstiegs der AfD an die Spitze fassungslos. Aber lassen Sie uns klarstellen, warum. Der Gedanke, dass die mittlerweile unbestreitbare Bedeutung einer rechten Partei eine Art Nazi-Wiederbelebung in Deutschland signalisiert, ist mehr als absurd. Sie können alles darüber in der *New York Times* und anderen westlichen Medien lesen, aber in Deutschland können Sie es nicht finden, wenn Sie herumlaufen.

Die AfD wurde vor zwölf Jahren von Euroskeptikern gegründet, die sich gegen die undemokratischen Übergriffe der Brüsseler Technokraten und den unkontrollierten Zustrom von Einwanderern wandten. Sie ist „nationalistisch“, insofern sie die deutsche Souveränität befürwortet, und „prorusisch“, insofern sie den Bruch der interdependenten Beziehungen mit der Russischen Föderation als verheerend erachtet. Als die Partei Anhänger gewann, zog sie – das lässt sich nicht bestreiten – auch verschiedene rechtsextreme Elemente an, die man jedoch am besten als Rand einer einstigen Randpartei betrachtet. Nein, die Deutschen sind über den Aufstieg der AfD zu ihrer führenden politischen Partei überrascht, weil er darauf hindeutet, dass die Macht der großen Parteien seit langem schwindet oder gerade erst gewichen ist. Und sie sind doppelt fassungslos darüber, dass die Parteien der Mitte sie durch eine offen undemokratische „Brandmauer“ von der Regierung abhalten. Diese wird vermutlich bestehen bleiben, egal wie die AfD in der Öffentlichkeit aussieht.

Der deutsche Verfassungsschutz gab am Freitag, dem 2. Mai, bekannt, dass er Schritte erwägt, die AfD offiziell als „extremistisch“ einzustufen und sie somit vollständig zu verbieten. Lassen Sie uns das kurz klarstellen. Sollen die deutschen Bürger vor einer Partei geschützt werden, die in ihren Reihen mehr Unterstützung genießt als jede andere? Wie lächerlich wird die Merz-Clique denn noch? Die neoliberalen Autoritären, die Berlin kontrollieren, sind nun dabei, Barrikaden zu errichten, um die Massen, die gemeinhin als Wähler bekannt sind, fernzuhalten.

Die Deutschen sind, gelinde gesagt, wieder einmal eine gespaltene Nation. Das ist unverkennbar, wenn man unter ihnen ist. Wie so oft in den vergangenen zwei Jahrhunderten teilen sie nur wenig, außer der Unsicherheit über ihre Identität. Um es mit Gordon Craigs Worten auszudrücken, die er von Ferdinand Freiligrath, dem Dichter der Demokratiebewegung der 1840er Jahre, ableitete: Die Nation findet sich in Hamlet wieder. Autoritarismus und Russophobie der herrschenden Elite treffen auf den offensichtlichen Impuls, Demokratie von unten her zu errichten und die Bundesrepublik von den Ost-West-Feindseligkeiten der Vergangenheit – und leider auch der kommenden Gegenwart – zu befreien. Der verlorene Mann Europas ist immer noch verloren.

Maria Sacharowa äußerte in ihrem Kommentar zur Bundestagswahl etwas, das mir aufgrund ihres Einblicks in das Geschehen vor Ort in Deutschland, abseits der Kameras und der Aufmerksamkeit der Mainstream-Medien, auffiel. „Die deutschen Bürger“, bemerkte sie, „haben immer noch die Möglichkeit, ihre eigenen Autoritäten zu hinterfragen: Was haben sie sich ausgedacht, und in welches Abenteuer wollen sie den europäischen Kontinent hineinziehen?“

Ich weiß nicht, wie Sacharowa angesichts ihrer täglichen Aufgaben im Moskauer Außenministerium zu ihrer Gewissheit in dieser Frage kommt. Aber genau das habe ich auf meinen Reisen unter Deutschen festgestellt – im Westen, ja, aber vor allem in der ehemaligen DDR. Es besteht weiterhin eine Chance, und viele Deutsche suchen danach.

■

Dresden liegt direkt an der Elbe. Am 25. April 1945 blickten sich am gegenüberliegenden Ufer des Flusses Soldaten der Alliierten und der Roten Armee an und überquerten schließlich die Elbe in einer der großen Begegnungen der letzten Tage des Zweiten Weltkriegs. Meine Aufregung, als ich während meiner jüngsten Reportagereisen die Elbe zum ersten Mal sah, werde ich nie vergessen.

Die Steingebäude, die den berüchtigten Bombenangriff auf Dresden im Februar 1945 überstanden, sind schwarz verkohlt und verleihen der Stadt das Aussehen eines ewigen Denkmals für die 25.000 Menschen, die in diesen beiden schrecklichen Nächten ihr Leben verloren. Eine dieser Kirchen ist die Frauenkirche, ein prächtig proportioniertes Barockbauwerk, das niederbrannte. In den 1990er Jahren wiederaufgebaut, ist die Kirche heute täglich von Touristen überfüllt.

Als ich an einem sonnigen, stürmischen Tag in der Schlange stand, um die Kirche zu betreten, stand rechts ein Mann, der die üblichen, in Zellophan verpackten Drucke verkaufte, wie man sie an Touristenattraktionen in der ganzen Welt sieht. Mein Begleiter zeigte auf einen, der kein malerisches Bild zeigte, sondern lediglich ein paar Zeilen in Fraktur, der alten deutschen Schrift.

„Lassen Sie mich das lieber übersetzen“, sagte meine Begleiterin. Sie lächelte amüsiert. Und dann ihre improvisierte Übersetzung: „Es reicht nicht aus, keine Ideen zu haben. Man muss auch unfähig sein, sie umzusetzen.“ Ich brach sofort in verblüfftes Gelächter aus. Welcher überaus ironische Sinn hatte das hervorgebracht? Wie viele Bedeutungsebenen musste ich noch ausloten? Warum wurde das vor einem feierlichen Ort angeboten, der zum Symbol der Versöhnung nach dem Kalten Krieg geworden ist?

Ich betrachtete den Mann, der in einem Klappstuhl neben seinem Warenregal saß. Er war etwa 50 oder 60 Jahre alt, ergrauendes blondes Haar, ein breites Lächeln. Er hätte Zimmermann, Angestellter oder Lehrer sein können, und soweit ich weiß, war er das eine oder das andere. Unsere Blicke trafen sich. Und als meine Belustigung in unkontrolliertes Gelächter umschlug, brach er ebenfalls in Gelächter aus. Er schien zu glauben, ich verstünde, oder er wollte, dass ich es verstünde: Entweder das eine oder das andere.

Ich kaufte das handbeschriftete Blatt, gutes Papier unter beigefarbenem Passepartout, für 10 Euro. Es ist ein kleiner Schatz.

Ein ganz normaler Nachmittag auf einem Platz in der Dresdner Innenstadt, der fröhliche Mann und seine Kisten voller Drucke, ein kunstvoll beschriftetes Stück, dazwischen malerische Bilder von Stadthäusern, Kirchtürmen, Kopfsteinpflasterstraßen: Seit jenem Tag habe ich oft an die Szene vor der Frauenkirche gedacht. Und mit der Zeit habe ich es verstanden. So sprechen die Menschen der alten DDR die Menschen der alten BRD an. Sie sprechen mit Ironie und Verachtung – beißender Sarkasmus und bitterer Humor sind ihre üblichen Mittel. Man hört in ihnen, was ich in den in Fraktur wiedergegebenen Sätzen las: Man hört Vorwurf, man hört Ablehnung, man hört unabhängige Intelligenz, man hört Wahrheiten, die man anderswo nicht hört.

Es gibt allgemein anerkannte Methoden, die Ungleichheiten zwischen den beiden Hälften der wiederhergestellten Bundesrepublik zu messen. Die Löhne sind in der ehemaligen DDR um 25 Prozent niedriger als im Westen. Die Arbeitslosigkeit ist im Osten um ein Drittel höher als im Westen. Gute Arbeitsplätze sind in der ehemaligen DDR seltener, da die meisten der starken, mächtigen Industrien, die Deutschlands Erfolg begründeten – Stahl, Automobil, Maschinenbau, Chemie, Elektronik –, im westlichen Teil angesiedelt sind. Wie diejenigen, die in der ehemaligen DDR lebten, bereitwillig erklären werden, sind die meisten Führungspositionen im östlichen Teil – in den inzwischen privatisierten Unternehmen, den Universitäten, den Banken usw. – mit Westdeutschen besetzt.

Insofern ist „Wiedervereinigung“ nicht ganz das richtige Wort für das, was am 3. Oktober 1990 geschah. Eher sollte man sagen, dass Ostdeutschland dadurch de facto zu einer Kolonie Westdeutschlands wurde („Vereinigtes Wirtschaftsgebiet“). Der Unmut, eine offensichtliche Folge, ist in den Ergebnissen vom 23. Februar deutlich erkennbar. In den ostdeutschen Bundesländern schnitten die drei bereits erwähnten Oppositionsparteien – AfD, Linke und BSW – im Vergleich zu den vorherigen Wahlen deutlich besser ab als die etablierten Parteien. Unter den Wählern sind auch einige Protestwähler, wie mir viele – nicht alle, muss ich hinzufügen – der Deutschen, mit denen ich sprach, sagten. Aber Protest ist nicht alles, was man in die Ergebnisse hineininterpretieren kann. Die Wähler in der ehemaligen DDR sind auf der Suche nach einer neuen nationalen Ausrichtung auch leidenschaftlicher als im Westen.

Ich komme noch einmal auf Fragen der Identität und des Bewusstseins zurück. „Die Ostdeutschen waren nie jenen schicksalhaften Amerikanisierungs-Programmen unterworfen, die die Nachkriegs-BRD während des Kalten Krieges erdulden musste. Es gab keine Loslösung von der Realität wie in der Bundesrepublik. Diese andere Erfahrung hatte tiefgreifende Folgen. Die Ostdeutschen waren im Gegensatz zu den Westdeutschen nicht sozusagen von sich selbst getrennt; ihre Identität blieb vergleichsweise ungestört.“ Wie die Ostdeutschen oft erklären, entwickelten sie während der DDR-Jahre ein anhaltendes Misstrauen gegenüber Autoritäten. Doch hier gibt es ein Paradoxon: Gerade in ihrem Widerstand gegen den ostdeutschen Staat bewahrten die Ostdeutschen, wer sie waren, was sie zu Deutschen machte. Und es sind dieses Misstrauen und dieser Widerstand, die ihre heutigen Ansichten und Einstellungen gegenüber Berlin und dem Westen Deutschlands prägen – ihre Verachtung, ihre Ablehnung. Mehr als ein Ostdeutscher sagte mir, er betrachte das zentristische Regime in Berlin als eine weitere Diktatur.

Eine Autostunde östlich von Dresden, über weite Ebenen ehemaliger Kolchosen, erreicht man die sächsische Stadt Bautzen. Die Franzosen sprechen gemeinhin von „la France profonde“, wörtlich „tiefes Frankreich“ – dem unberührten Frankreich der alten Dörfer und Bauernhöfe. Bautzen, so scheint es, liegt in dem, was wir als tiefes Deutschland bezeichnen können. In diesem Ort und seinen Menschen findet man eine andere Vorstellung von Deutschland – lebendig und wohl erhalten, genau jenes Deutschland, das die neoliberalen Zentristen in Berlin offenbar auslöschen wollen.

Bautzen mit seinen 38.000 Einwohnern hat eine wechselvolle Geschichte. Die Anfänge reichen bis ins frühe 11. Jahrhundert zurück, und heute zeigt man sich stolz mit seinen mittelalterlichen Ursprüngen. Wenn Sie mittelalterliche Türme mögen, sind Sie hier richtig: Ein Dutzend davon markiert noch heute die Grenzen der Stadt. Das Dritte Reich betrieb hier ein Konzentrationslager, das Teil des Groß-Rosen-Netzwerks war. Die Rote Armee befreite das Bautzener Außenlager am 20.

April 1945, fünf Tage bevor sowjetische Truppen an der Elbe auf die Alliierten trafen. Von 1952 bis zum Fall der Berliner Mauer nutzte die ostdeutsche Stasi das ehemalige Lager als berüchtigtes Gefängnis, das wegen der Farbe seiner Mauern den Spitznamen „Gelbes Elend“ erhielt.

Zu DDR-Zeiten begannen die Bautzener mit sogenannten „Montagnacht-Demonstrationen“ am Gelben Elend. Diese wöchentlichen Veranstaltungen zogen in ihrer größten Form bis zu 5.000 Menschen an und hatten einen einheitlichen Slogan. „Wir sind das Volk“ lässt sich nur im historischen Kontext richtig verstehen. Die DDR präsentierte sich als „Volksdemokratie“ oder „Volksrepublik“. Die bei den Protesten vor dem Stasi-Gefängnis montags skandierten Worte waren eine treffende Antwort, wobei die Betonung in der Übersetzung auf dem ersten Wort liegt: „Wir sind das Volk.“

Zum Abschluss meines Besuchs in Bautzen traf ich mich zum Abendessen mit einigen der Organisatoren dieser Demonstrationen. Wir trafen uns in einem höhlenartigen Restaurant, das einst ein Kloster war. Die Kellner trugen Mönchskutten, und die Speisekarte bot (ob gut oder schlecht) mittelalterliche Gerichte. Auch das Bier (wohl gut) stammte nach altem Rezept – ein kräftiges rotes Gebräu, serviert in groben Tonkrügen. Ich weiß nicht, ob unsere Gastgeber das beabsichtigten, aber der [Mönchshof zu Bautzen](#), wie das Lokal hieß, erinnerte entfernt an ihr Projekt. Es ging darum, wiederzuentdecken, was es bedeutet, authentisch deutsch zu sein – nicht in irgendeiner nativistischen oder reaktionären Weise, sondern als Selbsterhaltungstrieb, als Abwehr gegen den Neoliberalismus, den Berlin fördert.

Die Montagsdemonstrationen waren während der DDR-Jahrzehnte weit verbreitet und erreichten in Dresden, Leipzig und anderen Städten sechsstellige Teilnehmerzahlen. Sie finden auch heute noch statt, wenn auch in deutlich geringerem Umfang. Und der Slogan, der bei allen Demonstrationen verwendet wurde, ist eine direkte Fortsetzung: „Wir sind das Volk“ ist in gewisser Weise noch immer eine Reaktion auf die Machtansprüche in Berlin. Mithilfe eines Dolmetschers fragte ich die Anwesenden an unserem Tisch, einer Ansammlung grob behauener Bretter, nach ihrer politischen Einstellung. „AfD? Die Linke? Sahra Wagenknechts BSW?“ Letztere ist eine linkspopulistische Abspaltung von der Linken.

„Wir interessieren uns nicht für die politischen Parteien, für keine von ihnen“, sagte einer meiner Gastgeber. „Wir denken auch nicht in den Kategorien ‚links‘ und ‚rechts‘. Wir kommen auf der Grundlage von Fakten zusammen. Wir versuchen, das aufzubauen, was man eine ‚Volksbewegung‘ nennen würde.“

Der Ausdruck – wie soll ich das sagen? – flößte kein Vertrauen ein. Für ein amerikanisches Ohr suggerierte „eine Volksbewegung“, ich säße an einem Tisch mit Träumern in einer der vielen Städte, denen die Wiedervereinigung geschadet hatte. Als ich Karl-Jürgen Müller, dem bereits erwähnten Politikwissenschaftler, davon erzählte, antwortete er: „Sie sehen nur die Spitze eines Eisbergs. Unter der Oberfläche verbirgt sich noch viel mehr davon.“

Dies schien im Laufe des Abends der Fall zu sein, als die Anwesenden mir von den Konferenzen und Kongressen erzählten, die sie regelmäßig mit anderen Gemeinschaften organisierten. Hinten in dem Notizbuch, das ich an diesem Abend benutzte, fand ich eine gut gemachte Faltbroschüre, die einen „Kongress Frieden und Dialog“ in Liebstedt ankündigte, einer thüringischen Stadt in der Nähe von Weimar, 260 Kilometer entfernt.

Ich hatte im Laufe meiner Berichterstattung oft die gleiche Frustration über die traditionelle deutsche Parteipolitik gehört. Ich möchte damit keinen drohenden landesweiten Aufstand suggerieren. Was ich vor Ort sah, erschien mir im Entstehen, als wäre es nur eine Andeutung und nicht mehr die Möglichkeit einer Zukunft. Auf der Rückfahrt von Bautzen nach Dresden dachte ich an etwas, das Dirk Pohlmann, der Rundfunkjournalist und Dokumentarfilmer, bei unserem Gespräch in Potsdam gesagt hatte. „Wir befinden uns auf dem Höhepunkt einer tektonischen Verschiebung“, sagte er mir. „Die Grünen sind erledigt. Die Freien Demokraten [unter den anderen großen Verlierern im Februar] sind erledigt. Die großen Parteien sind schwach. Die Menschen suchen nach Einheit in Fragen von Richtig und Falsch. ‚Links‘ und ‚rechts‘ haben damit nichts zu tun.“

„Vielleicht“ ist meine Meinung zu dieser Frage.

Pohlmann und meine Gesprächspartner in Bautzen erklärten ein weiteres Rätsel – die seltsame „Wählerwanderung“, die sich im Februarwahlergebnis abzeichnete: Sozialdemokraten wechselten zur AfD, Christdemokraten zur Linken und zum BSW, Wähler der Linken zur AfD. Als die ersten Ergebnisanalysen veröffentlicht wurden, schien es undurchschaubar – Deutschland als eine Art Irrenhaus der Wanderer. Doch nach meiner Zeit in Bautzen begriff ich: Ja, es ist eine Nation der Wanderer, aber auch eine der Suchenden. „Wir alle suchen unser Land“, hatte Dirk gesagt. Es war noch zu früh in meinem Aufenthalt unter Deutschen, und ich hatte diese wirkliche Wahrheit damals noch nicht verstanden.